



**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Kreistagsabgeordnete,**

Das Aus der Ampel auf Bundesebene bedeutet nicht nur, dass am 23. Februar ein neuer Bundestag und in der Folge eine neue Bundesregierung gewählt wird. Mit dem Aus der Ampel ist auch eine Situation eingetreten, die aus Sicht der Kommunen neue Herausforderungen mit sich bringt. Insofern ist zu hoffen, dass nach der Wahl schnell wieder Handlungsfähigkeit eintritt.

Derzeit ist nicht absehbar, wie es für zahlreiche aus kommunaler Perspektive wichtige Themen weitergeht oder ob die nun gefundenen (Übergangs-)Lösungen Bestand haben werden. Bei der Krankenhausreform haben sich die Länder für das Prinzip „lieber ein schlechtes Gesetz als gar kein Gesetz entschieden“ – aus Sicht der Kommunen nicht der richtige Weg. Die Anrufung des Vermittlungsausschusses hätte die Chance geboten, die Grundlagen für die zukünftige Krankenhausinfrastruktur zu verbessern. Insbesondere die Fragen, wie die Transformation gelingen und wie den Defiziten bei den Betriebskosten begegnet werden kann, bleiben auf der Agenda und müssen von den Ländern im Interesse der (kommunalen) Krankenhäusern beantwortet werden. Die schleswig-holsteinische Landesregierung ist nun umso mehr in der Pflicht, da sie den Weg für die Krankenhausreform mit ihrer Enthaltung frei gemacht hat. Das Abstimmungsverhalten im Bundesrat ist aus Sicht der Kommunen erklärungsbedürftig.

Aber auch bei anderen Themen sind die Kommunen auf die Rahmensetzung durch den Bund bzw. die Umsetzung von Bund-Länder-Absprachen angewiesen: Die Zukunft des Digitalpakts ist ungeklärt, das Deutschlandticket nur übergangsweise in seiner Finanzierung gesichert, die zur Umsetzung der GEAS-Reform erforderlichen Beschlüsse im Bundestag noch nicht getroffen, die Reform der Notfallversorgung wird der Diskontinuität unterfallen und so weiter und so fort. Hier ist es auch an den Bundesverbänden darauf zu drängen, dass wichtige Weichenstellungen nicht aufgrund des Wahlkampfes verschoben werden.

Aber auch auf Landesebene gehen die Themen nicht aus: Der Haushaltsentwurf der Landesregierung sieht eine Konsolidierung zulasten der kommunalen Ebene vor. Ein Vorhaben, dem die Mitgliederversammlung des Landkreistages am 29. November deutlich widersprechen wird. Bei der Umsetzung des Ganztagsausbaus kommen Land und Kommunen – trotz Vereinbarungen zur Betriebs- und Investitionskostenfinanzierung – ebenfalls bisher nicht zusammen. Das Land ist in der Pflicht, diese Vereinbarung einzuhalten und auszufüllen sowie endlich einen verlässlichen Rechtsrahmen für alle Beteiligten, insbesondere zur Erhebung von Elternbeiträgen, zur Sozialstaffel und zu Schließzeiten, zu schaffen. Dies setzt auch eine landesrechtliche Übertragung der Aufgabe voraus, da dem Bund die verfassungsrechtliche Möglichkeit fehlt, Kommunen unmittelbar zu verpflichten. Bleibt es beim Dissens zu grundsätzlichen Fragen, besteht die reale Gefahr, dass der Rechtsanspruch ab 2026 nicht vollständig erfüllt werden können.

Herzlichst Ihr

Dr. Sönke E. Schulz

Inhalt

Editorial 1

Kommunale Selbstverwaltung
als Vorbild: Eine Delegation aus
Madagaskar in Kiel 2

Flexibel durch die Krise: Landrä-
tekonzferenz trotz Regierungskri-
se in Berlin ein Erfolg 3

Kurznachrichten 4

Termine 4

KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG ALS VORBILD: EINE DELEGATION AUS MADAGASKAR IN KIEL



Madagaskar ist ein klassischer afrikanischer postkolonialer Zentralstaat und das soll sich langfristig ändern. Eine Delegation unter der Leitung des madegassischen Ministers für Dezentralisierung und Raumplanung, Niana Andriantsitohaina, begab sich Mitte November auf die Reise nach Deutschland, um weitreichende Einblicke in die kommunale Selbstverwaltung, den Verwaltungsaufbau, die schleswig-holsteinische Raumplanung und die Umsetzung und Digitalisierung zu gewinnen. Ein Stopp während der fünftägigen Reise war daher das Haus der Kommunalen Selbstverwaltung in Kiel, wo die Delegation durch den Landkreistag und den Städteverband empfangen wurde. Interessiert hören die Gäste Marc Ziertmann, dem Geschäftsführer des Städtever-

bandes zu, als er den Verwaltungsaufbau Schleswig-Holsteins erklärt und das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung u.a. als Folge des zweiten Weltkrieges zur Stärkung der Demokratie erörtert. Carsten Schreiber, stellv. Geschäftsführer des Landkreistags, stellt nochmal den Interessenausgleich aller beteiligten Parteien in den Vordergrund und legt Wert darauf zu betonen, dass sich Land und Kommunen zwar gerne in der Sache streiten, das Verhältnis zueinander aber grundsätzlich ein Gutes sei. Die Kollegen aus Madagaskar berichten ihrerseits von mangelhaften rechtsstaatlichen Strukturen vor Ort. Die Möglichkeit, die Bevölkerung an Entscheidungen zu beteiligen, sei bisher nicht vorgesehen, Partizipation und Selbstverwaltung müsse dort noch erlernt werden. Hinzu komme eine mangelhafte finanzielle Ausstattung der Regionen, die eine Selbstverwaltung fast unmöglich mache. Insbesondere über die Finanzen kommt die Runde in einen lebhaften Austausch. Für die Delegation ist es dabei nur schwer nachvollziehbar, dass erfolgreiches wirtschaftliches Handeln und Haushalten hier nur begrenzt belohnt werden (Stichwort: Finanzausgleich), während wirtschaftsschwache Gebietskörperschaften Unterstützung aus der Solidargemeinschaft erhalten. Abgesehen von diesem Beispiel sind die Madegassen jedoch beeindruckt vom Grad der hier vorherrschenden Dezentralisierung und stellen fest, dass Deutschland im Zweifel auch dann gut aufgestellt ist, wenn eine Bundesregierung für einen längeren Zeitraum stillsteht.



FLEXIBEL DURCH DIE KRISE: LANDRÄTEKONFERENZ TROTZ REGIERUNGSKRISE IN BERLIN EIN ERFOLG



Der Plan sah anders aus. Eigentlich sollten die Landrätin und Landräte während ihrer gemeinsamen Sitzung am 13. und 14. November in Berlin zahlreiche Mitglieder der Bundesregierung, darunter auch den Wirtschaftsminister Robert Habeck treffen. Diese Planung war nun aber dahin, als Bundeskanzler Olaf Scholz am 6. November das Ende der Ampelregierung verkündete. Trotz aller Widrigkeiten gelang es der Geschäftsstelle das Programm an die Umstände anzupassen und so gelang es kurzer Hand der Landrätin und den Landräten ein abwechslungsreiches und interessantes Programm anzubieten, auch ohne Robert Habeck.

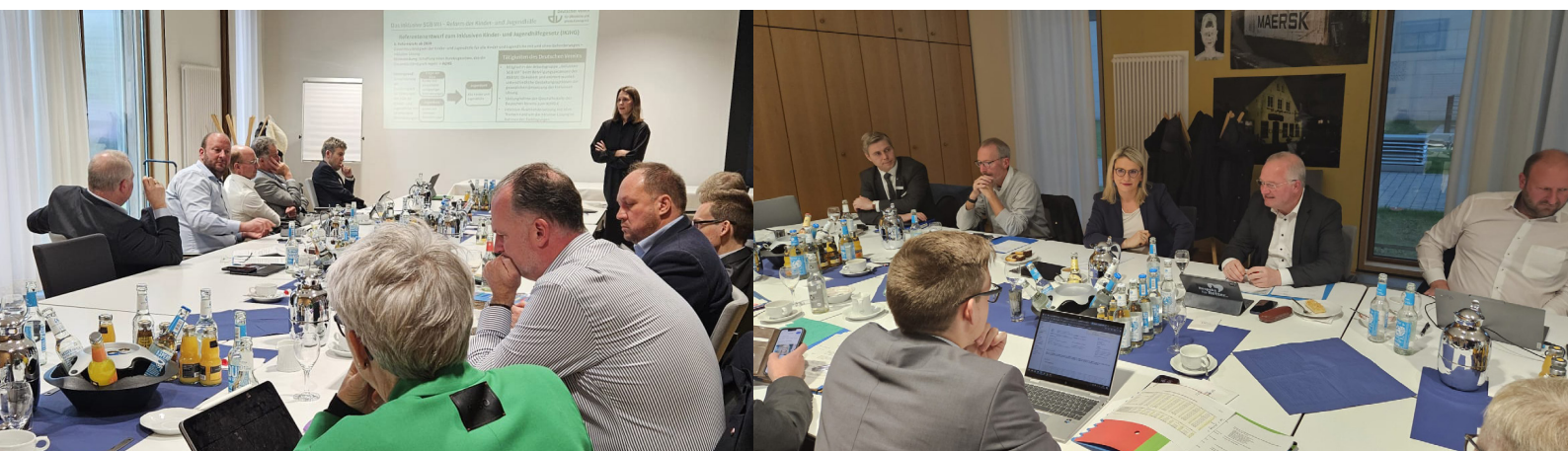
Bernd Krösser, Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und für Heimat, gab einen nüchternen und realistischen Blick von Seiten des Bundes auf das Fluchtgeschehen und die angehende Debatte um Rückführungen. Der ehrliche Austausch zwischen den direkt Betroffenen von kommunaler Seite und einem Vertreter des Bundes, der hier ebenso unmittelbar mit dem Thema Flucht und Migration befasst ist, war für beide Seiten erkenntnisreich. Die Landrätin und Landräte bekräftigten in diesem Zusammenhang ihre Forderung nach einem stärkeren Engagement des Landes Schles-

wig-Holstein bei der Rückführung - in anderen Bundesländern gibt es schon weitergehende zentrale Lösungen - und konnten die Bedeutung einer schnellen Umsetzung der GEAS-Regelungen in Deutschland verdeutlichen.

Eine weitere Gesprächspartnerin war die stellvertretende Generalsekretärin und Leiterin des Kommunalbüros der CDU, Christina Stumpp, die angesichts der aktuellen politischen Lage in Berlin schon im „Wahlkampfmodus“ angekommen zu sein schien. So wurde hier viel für die kommunale Seite versprochen und gleichzeitig durfte die kommunale Seite Wünsche äußern, allerdings mit der Einschränkung der begrenzten fiskalischen Mittel. Der Abbau von Förderprogrammen, wieder hin zu mehr gelebter Konnexität, das Festhalten an der Gewerbesteuer, sowie eine Übergangsfinanzierung für die kommunalen Krankenhäuser, um nur einige Punkte der „Wunschliste“ zu nennen. Die Erwartungen der Kommunen an eine neue Bundesregierung sind groß. Anstelle zahlreicher Einzelmaßnahmen muss die Finanzverteilung von Bund, Ländern und Kommunen grundsätzlich auf den Prüfstand.

Zum Ausklang des Abends kamen die Landrätin und Landräte mit einigen Bundestagsabgeordneten Schleswig-Holsteins zusammen und konnten sich in geselliger Atmosphäre austauschen. Der zweite Tag der Konferenz war fachlich geprägt mit Vorträgen einer Expertin von PD - Berater der öffentlichen Hand zum Thema „Fachkräftegewinnung bei knappen Kassen“ und Dr. Verena Staats Vorständin des Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. zu „Aufgaben und Funktion des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge - am Beispiel der Diskussion um das Gesetz zur Ausgestaltung der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Zeitpunkt eigentlich nicht besser hätte sein können. Die Debatten und Diskussionen wären in weniger stürmischen Zeiten wahrscheinlich andere gewesen und mit etwas Flexibilität und Spontanität lies sich alles zur Zufriedenheit aller regeln. Robert Habeck steckte übrigens zum Zeitpunkt der Konferenz in Portugal fest.



KURZNACHRICHTEN

EnergieOlympiade: Jetzt noch schnell Preisgeld sichern!

Haben Sie in ihrem Kreis im Bereich Energie, Klimaschutz oder Mobilität etwas bewegt und voran gebracht? – Dann lohnt es sich garantiert, bei der EnergieOlympiade mitzumachen, dem Kommunalwettbewerb um die besten Projekte und Ideen aus diesem Bereich der Kommunalpolitik und -verwaltung in Schleswig-Holstein.

Noch bis zum 1. Dezember ist eine Bewerbung möglich – schnell und bequem, rein digital.



Nie gab es so viele Preise wie diesmal, zusammen **100.000 Euro**, bereitgestellt von der gemeinnützigen Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH (EKSH) in den Kategorien EnergieKommune, MobilitätsPreis, Großes EnergieProjekt, Kleines EnergieProjekt, EnergieKommunikation und EnergieHeld:in. Da sollte doch etwas dabei sein. Bei Fragen hilft die EKSH gern weiter – nur Mut und machen Sie mit auf www.energieolympiade.de!

Neuer Geschäftsführer beim IT-Verbund Schleswig-Holstein (ITV.SH)

Matthi Bolte-Richter ist seit 1. Oktober neuer Geschäftsführer des ITV.SH. Bolte-Richter war zuletzt in der freien Wirtschaft tätig. Zuvor war er 12 Jahre Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen und hat sich dort schwerpunktmäßig als Digitalpolitiker engagiert, u.a. als Sprecher für Digitalisierung, Wissenschaftspolitik, Innovation und Datenschutz.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

TERMINE

NOVEMBER

Fr. 29.11. 15.00 Uhr
Mitgliederversammlung 2/2024, Segeberg

DEZEMBER

Fr. 06.12. 16.00 Uhr
Landräterunde 7/2024
Vorstand 9/2024
Weihnachtsfeier

Alle Termine für 2024 finden Sie unter:
www.sh-landkreistag.de/aktuelles/termine/

**Cooler Job.
Mega Team.
Top Zukunft.**

Du hast Lust auf Nachhaltigkeit, Technik und Energie?
Dann komm zu uns!

Jetzt bewerben:
ausbildung.hansewerk.com